

Positionspapier
der SPD Fraktion im Kreistag Bayreuth und
des SPD Kreisverbandes Bayreuth Land
zur Entwicklung des oberfränkischen Raumes

Die SPD im Landkreis Bayreuth – Fraktion und Kreisverband – muss mit Besorgnis feststellen, dass die Maßnahmen der Bay. Staatsregierung zur Förderung des oberfränkischen Raumes nicht ausreichend und gezielt genug sind, die strukturellen Schwächen, vor allem in Hinblick auf die Auswirkungen des Demografischen Wandels auszugleichen.

Weder wird der eigens zu diesem Zweck installierte Heimatminister Söder und sein Ministerium, noch der zwischenzeitlich veröffentlichte Nordbayernplan der Staatsregierung den Anforderungen an die Entwicklung Oberfrankens gerecht. Die wiederholte Berücksichtigung bestimmter Regionen, die wiederholte Vernachlässigung anderer Gebiete, sowie ohne Gesamtplan vorgenommene einzelne Maßnahmen, wie die Verlagerung der Behörden, ohne die erforderlichen Folgeinvestitionen zu berücksichtigen, legen den Schluss nahe, dass die Staatsregierung ihrer Aufgabe nicht verantwortungsbewusst nachkommt und versucht die Regionen Oberfrankens gegeneinander auszuspielen.

Die Ansiedlung von Betrieben erfordert attraktive Rahmenbedingen. Hier spielt die staatliche Wirtschaftsförderung, aber auch ein schnelles Internet eine entscheidende Rolle. Das schnelle Internet ist aber auch für Schüler und Studenten von enormer Bedeutung. Die Ansiedlung von Hochschulen ohne Ausbau von Internet führt nur dazu, dass an diesen Hochschulen niemand studieren wird.

Betriebe und Behörden benötigen Arbeitnehmer. Der Zuzug und die Verhinderung des Wegzugs von (Fach)arbeitern können nur gelingen, wenn neben den Arbeitsbedingungen auch die Lebensbedingungen „passen“. Hierzu zählen unter anderem die Angebote für die Freizeitgestaltung (Kultur, Sport,). Den Menschen muss im Falle der Hilfsbedürftigkeit ein ausreichendes soziales Netz zur Verfügung stehen. Pflege- und Heimplätze sind genauso erforderlich wie die Entwicklung und der Ausbau der alternativen Wohnformen.

Diese Interaktion der einzelnen Faktoren des Arbeitens und Lebens ignoriert die Staatsregierung.

Sie berücksichtigt in ihrer Politik in keinsten Weise, dass eine umzusetzende Maßnahme sich, wie dargelegt, auf viele Bereiche des Lebens auswirkt und dass alle diese Auswirkungen in erforderlichem Ausmaß in die Förderung einbezogen werden müssen. Es genügt nicht eine Behörde zu verlagern. Mit dieser Verlagerung muss einhergehen, dass die Infrastruktur ausgebaut wird, die Arbeitnehmer ausreichend Wohnraum, Einrichtungen der Daseinsvorsorge und für die Freizeitgestaltung vorfinden.

In den bisherigen konzeptionslosen Maßnahmen der Staatsregierung ist kein Gesamtplan zur Entwicklung Oberfrankens und damit der Umsetzung des Verfassungszieles der gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu erkennen. Folglich kann die Förderung des nordbayerischen Raumes, so wie sie im Augenblick vorgenommen wird, nicht dazu beitragen den oberfränkischen Raum zu stärken.

Einzelne positive Beispiele können nicht darüber hinweg täuschen, dass die Bilanz für den nordbayerischen Raum insgesamt negativ ist:

- immer mehr Menschen müssen aus der Region abwandern
- die Kommunalfinanzen entwickeln sich, auch auf Grund der demografischen Veränderungen dramatisch
- die wirtschaftliche Kraft des Raumes lässt wegen des Fehlens ausreichender Förderung nach

Die Staatsregierung ignoriert alle Anregungen aus der oberfränkischen Wirtschaft und Politik die Situation für Nordbayern zu verbessern.

Aus diesem Grund haben die Fraktion und der Kreisverband der Bayreuther SPD dieses Positionspapier entwickelt. Es soll dazu dienen, die bisher vorgebrachten Forderungen an die Staatsregierung zu bündeln und die Förderung des oberfränkischen Raumes durch ein Gesamtkonzept, das die ökologischen,

wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in ihrer Gesamtheit und in allen Zusammenhängen nachhaltig berücksichtigt, zu ermöglichen.

Es gilt

- die Abwanderung der Bevölkerung zu stoppen
- Betreibe anzusiedeln
- das soziale Netz auszubauen
- die Umwelt zu schützen
- die Kommunen durch die Sanierung der Finanzen wieder zu leistungsstarken Gebietskörperschaften zu machen

Wie gesagt, kann keine dieser Aufgaben isoliert betrachtet werden. Es müssen Lösungen entwickelt werden, mit denen flexibel auf diese Herausforderungen reagiert werden können. Nur dann kann die Region Oberfranken zu einer zukunftsfähigen Region entwickelt werden

Zur Förderung des oberfränkischen Raumes und der Verwirklichung der gleichwertigen Lebensverhältnisse stellt die SPD des Landkreises Bayreuth folgende Forderungen an die Staatsregierung:

1. Förderung der Wirtschaft

In Oberfranken müssen für die Ansiedlung der Unternehmen gleiche Förderbedingungen gelten. Die Förderkulisse ist soweit wie möglich zu überarbeiten.

Der Tourismus ist in Oberfranken ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor. Den Tourismusgemeinden, besonders den prädikatisierten Gemeinden muss es ermöglicht werden trotz finanzieller Anspannungen (Konsolidierung) Investitionen in den Tourismus zu tätigen. Nur so wird es gelingen nachhaltig konkurrenzfähig zu benachbarten Regionen in Deutschland und Tschechien zu bleiben. Hierfür ist es erforderlich, Tourismus nicht mehr als freiwillige Aufgabe einzustufen, sondern als Pflichtaufgabe der Kommunen mit diesem besonderen Aufgabenbereich (Wirtschaftsförderung!), Dazu müssen Sonderförderprogramme für den Bereich der kommunalen touristischen Infrastruktur (auch für das ungeliebte

Thema –Freibäder-) aufgelegt, sowie Schritte für die finanzielle Entlastung eingeleitet werden.

Eine unabdingbare Voraussetzung für die Ansiedlung von Betrieben ist der flächendeckende Ausbau des schnellen Internets. Die Förderkriterien müssen die Besonderheiten der ländlichen/städt. Bereiche angepasst werden. (Höherer Finanzbedarf in Flächengemeinden)

2. Sicherung und Ausbau der pflegerischen und medizinischen Versorgung

Gerade auf dem Land ist die (haus)ärztliche Versorgung der Bevölkerung Oberfrankens nicht nur gefährdet, sondern zum Teil zusammengebrochen. Hier müssen innovative Ansätze (Filialmodell,) die von der Ärzteschaft ausgehen weiterverfolgt werden.

Anhand einer Bedarfsanalyse ist zu ermitteln, ob die Anzahl der Pflegeplätze für die Bevölkerung ausreichend ist.

Dem Grundsatz ambulant vor stationär entsprechend müssen die alternativen Wohnformen(Seniorenwohngemeinschaften, Quartierskonzepte) für Senioren und Pflegebedürftige ausgebaut werden. Ebenso wie das Betreuungsnetz für Hilfsbedürftige und ihre Angehörigen. (niedrigschwellige Angebote)

3. Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Das Straßennetz (Kreisstraßen) ist auf Grund der Kommunalfinanzen sanierungsbedürftig. Eine Verbesserung der Situation kann nur durch Investitionen erfolgen, die die Kommunen vornehmen müssen. Hierfür ist wiederum die Sanierung der Kommunalfinanzen erforderlich.

Die Staatsregierung hat ihr selbst formuliertes Ziel der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum umzusetzen und so den Menschen mit Handicap die Teilhabe am öffentlichen Leben, aber auch den Weg von und zu ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs muss die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Nürnberg erfolgen, um die Wirtschaftskraft Oberfrankens zu stärken.

4. Erhalt und Förderung der kulturellen Einrichtungen

Kulturelle Einrichtungen sind für die Freizeitgestaltung der Bevölkerung von großer Bedeutung und stellen im Bereich des Tourismus einen wesentlichen Faktor dar. Kultur hat auch auf Grund der Arbeitsplätze für die Bevölkerung auch eine wirtschaftliche Bedeutung. Die Förderung der Kultur durch den Freistaat ist für die Entwicklung der Kommunen unabdingbar. Die Kommunen müssen durch die Sanierung ihrer Finanzen wieder in die Lage versetzt werden kulturelle Einrichtungen zu fördern.

5. Sicherung des Schulsystems

Auf Grund des massiven Bevölkerungsrückganges schrumpfen die Schülerzahlen in Oberfranken überdurchschnittlich. Ein Festhalten an den fixen Klassenstärken gefährdet die Schulstandorte. Die wohnortnahe Beschulung muss höchste Priorität haben. Es kann nicht hingenommen werden, dass bereits im Grundschulbereich die Schüler extrem weite Wege zurücklegen müssen. Die innovativen Konzepte zur Erhaltung der Schulstandorte, die bereits entwickelt wurden, müssen von der Staatsregierung geprüft und so weit wie möglich umgesetzt werden. Das Konzept der Schulverbände muss überprüft werden, die Gemeinden müssen von Schülerbeförderungskosten entlastet werden, die insbesondere durch den „Schülertourismus“ innerhalb der Schulverbände entstehen. Alternative Schulsysteme wie z.B. die Gemeinschaftsschule für den ländlichen Raum sind zu prüfen.

6. Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit

Die Anreize (Förderprogramme die es schon teilweise gibt) müssen für spezielle Projekte die nur durch Zusammenarbeit realisiert werden können, erweitert werden. Kommunale Zusammenarbeit im Verwaltungsbereich wird gefördert, dies darf aber nicht (z.B. Zusammenlegungen von Verwaltungsaufgaben, Standesämter usw.) als Vorstufe einer Gebietsreform betrachtet werden. Vorsicht!!

Insgesamt ist interkommunale Zusammenarbeit eine tolle Sache, wenn sie denn funktioniert. Zu viel Konkurrenzdenken verhindert leider tolle Ansätze.

Funktionierende Zusammenschlüsse erfahren aber leider zu wenig Beachtung, auch bei finanzieller Unterstützung. Dies spüren wir am Beispiel

„Erlebnisregion Ochsenkopf“ einem touristischen Zusammenschluss von 4 Gemeinden um den Ochsenkopf deutlich. Solche Projekte müssten Sonderförderungen erfahren.

7. Förderung der regionalen Energiewende

Die oberfränkischen Landkreise haben in den letzten Jahren die Förderung der regenerativen Energie durch die Entwicklung von Klimaschutzkonzepten nicht nur begonnen, sondern mit der Umsetzung der Maßnahmen aus diesen Konzepten energiepolitische Tatsachen geschaffen.

Die Entscheidungen der Staatsregierung zur Förderung der Windkraft und der geplante Bau der HGÜ gefährden diese Arbeit und die Energiewende und damit das Erreichen des Klimaschutzzieles der Reduzierung des CO₂ Ausstoßes.

Die Staatsregierung wird aufgefordert bei ihren Entscheidungen zur Energiepolitik, den begonnen Prozess in Oberfranken zu berücksichtigen und den Prozess durch weitere Maßnahmen zu fördern.

8. Ausweitung der Städtebauförderung und der Dorferneuerung

Städtebauförderung und Dorferneuerung sichern und schaffen durch die Aufträge an die heimische Wirtschaft Arbeitsplätze. Sanierte Ortschaften erhöhen die Lebensqualität der Bevölkerung. Viele Projekte werden jedoch abgelehnt, da Kommunen ihren Eigenanteil nicht mehr aufbringen können.

Unabhängig von der Finanzkraft der Kommunen müssen die begonnen Projekte gefördert werden.

Die Strukturprogramme dienen auch dem barrierefreien Ausbau des öffentlichen Raumes und der Schaffung von behindertengerechten Wohnraum.

9. Sanierung der Kommunalfinanzen

Für die Sanierung der Kommunalfinanzen ist zum einen der Schuldenabbau in den Kommunen erforderlich und zum anderen die Erhöhung der Einnahmen.

Beim Abbau der Schulden müssen den Kommunen individuelle Wege eröffnet werden, die ihren Erfordernissen angepasst sind(Umschuldung, Zuschüsse).

Für die Landkreise stellt es ein erhebliches Problem dar, dass der Staat seine Verpflichtung zur Besetzung der staatlichen Stellen in den Landratsämtern nicht nachkommt. Hier werden, da diese Aufgaben von kommunalen Personal

wahrgenommen werden müssen, erhebliche finanzielle Mittel gebunden, die die Kreise für die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben benötigen.

Auch die Tatsache, dass den Kommunen die Verwaltungskosten für die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben nicht vom Freistaat ersetzt werden, bindet ihre finanziellen Mittel und schwächt ihre Möglichkeit zur Entschuldung beziehungsweise für Investitionen.

10. Überarbeitung des Nordbayernplanes

Die bisherige Vorgehensweise der Staatsregierung (Gießkannenprinzip) muss abgelöst werden von einer zielgerichteten Förderung, bei der die Gesamtheit des oberfränkischen Raumes berücksichtigt wird. Individuelle Besonderheiten einer Kommune müssen ebenso Berücksichtigung finden, wie die Überlegung, dass nicht alle alles haben müssen, sondern jeder das was er braucht.

Stephan Unglaub
SPD Fraktionsvorsitzender
Kreistag Bayreuth

Sonja Wagner
Kreisvorsitzende
SPD Bayreuth Land